



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Oktober 2013

Ankündigungen für Oktober

Bezirksmitgliederversammlung

Mittwoch, 23. Oktober, 19 bis 22 Uhr
Bürgerhaus Wilhelmsburg
(Raum noch nicht bestätigt)

Vorläufige Themen:

- Fahrplan Vorbereitung der Wahlen zur Bezirksversammlung
- Auszählungsverfahren bei den Bezirkswahlen siehe Beiträge von Tim Golke in der September-Ausgabe sowie von Kris Glaser S. 12
- vorliegender Antrag: Landesmitgliederversammlungen (s.S. 11)

Genauere Einladung folgt.

Für den Vorstand: Jan-Peter Klöckner

Liebe GenossInnen,
auf der Bezirksvorstandssitzung am 1. Oktober haben wir im Rahmen des Fahrplans zur gekoppelten Europa- und Bezirksversammlungswahl festgestellt, dass eine **Veranstaltung zur Europapolitik** der Partei DIE LINKE in Hamburg-Mitte dringend notwendig ist. Da wir schon genug Themen für die BMV am 23. Oktober haben, schlagen wir vom Vorstand eine Diskussionsveranstaltung mit fachkundiger Einleitung vor. Wir hoffen zum

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe:
Sonntag, 03.11.2013

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipzig@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipzig, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Beispiel Joachim Bischoff oder Gerald Kemski gewinnen zu können.

Dies soll ausdrücklich eine Parteiveranstaltung sein, die es ermöglicht sich innerparteilich häufiger zu treffen und genug Zeit zu finden sich fundiert auszutauschen. Da wir aber auch im LAB so eine gute Erfahrung gemacht haben (Wohnungspolitische Veranstaltung -- Elisa) wollen wir das gerne öffentlich bewerben, um den Kontakt zu den Bürgern zu halten und eine breite Meinung zu bekommen.

Aus der Idee heraus, die Stadtteilgruppen zu stärken, Aktivitäten zu fördern und zu fordern, haben wir die Stadtteilgruppe, die es nach dem Regionalprinzip betrifft, gefragt ob sie einverstanden ist, die Veranstaltung wie folgt zu bewerben:

DIE LINKE HaHoBo lädt ein:
wann: 30. Oktober 18h /19h
wo: Lange Aktiv Bleiben Hammer Park
Fahrenkamp 27
Europapolitik aus Sicht
der Partei DIE LINKE
Podiumsdiskussion mit
Joachim Bischoff / Gerald Kemski
in Kooperation
DIE LINKE Hamburg-Mitte

Jan-Peter Klöckner

Inhalt

Jetzt geht's los!	S. 2
Leserbrief	S. 3
Volksentscheid erfolgreich	S. 4
Dank an WählkämpferInnen/Zahlen	S. 5
Gedanken zur Wahl	S. 6
Performance der Partei	S. 8
Treffen in Billstedt 7.10.!	S. 9
BMV 25.9. / Rot tut not!	S. 9
Antrag Landesmitgliederversammlung	S. 11
NPD –Partei wie jede andere?	S. 12
Termine/Kontakt	S. 13

Jetzt geht's los!

KandidatInnen für die Bezirksversammlungenwahlen Mai 2014 gesucht

Aufmerksamen Leserinnen unseres „Mitgliedermagazins“ ist's nicht neu, die Partei muss nächstes Jahr in allen acht Wahlkreisen des Bezirks möglichst 3 bis 5 KandidatInnen aufstellen, um die Chancen unserer Partei, weiterhin gemeinsam mit Altona die stärkste Bezirksvertretung aller 7 Hamburger Bezirke zu stellen, zu wahren. Dazu kommt dann auch noch die Bezirksliste, für die auch noch die eine oder der andere gesucht werden. Viele Köpfe also gilt es zu finden und weil mensch damit nicht früh genug beginnen kann, hat euer Bezirksvorstand beschlossen einen etwas ungewöhnlichen Weg zu gehen und hier quasi teilöffentlich Kandidaturen „auszuschreiben“.

Über die Wahlkreise werden 30 Sitze der Bezirksversammlung vergeben, weitere 21 dann über die Bezirkslisten der Parteien. Wir müssen in den Wahlkreisen „Gesicht zeigen“ um wählbar zu sein – allerdings werden wir wohl reale Mandate nur über die Bezirksliste erringen. Mensch kann allerdings sowohl in einem Wahlkreis (in dem er/sie nicht wohnen muss, wohl aber im Bezirk!) als auch auf der Bezirksliste kandidieren.

Also, wer Lust hat nächstes Jahr für die Partei im Wahlkreis und/oder auf der Bezirksliste zu kandidieren, der/ die ist hiermit aufgefordert, sich in diesem Magazin ab nächstem Monat vorzustellen, so im Sinne, wer bin ich, warum habe ich Lust auf den Listen dieser Partei zu kandidieren, was sind politische Schwerpunkte, falls ich überhaupt schon welche habe, was meine politischen Erfahrungen. Schreibt, was ihr wollt!

Nun wird der eine oder die andere einwenden, wir müssen doch auch Leute von außerhalb haben, sind wir doch bei unseren rund 220 Mitgliedern, von denen ja auch gar nicht alle mit dem passiven Wahlrecht ausgestattet sind bzw. - bei den in letzter Zeit zu uns kommenden jüngeren Mitgliedern trifft das ja manchmal zu - gar nicht im Bezirk wohnen, nicht in der Lage, „aus eigener Kraft“ so viele Menschen aufzustellen...

Ja, deshalb und weil wir ja wieder mehr Parteimitglieder werden wollen: Ausdrücklich seid ihr Leserinnen aufgefordert, auch in eurem Bekanntenkreis außerhalb der Partei mal nachzufragen, ob nicht jemand sich vorstellen kann, für uns zu kandidieren. Haben wir doch mit Olaf Harms jetzt schon jemanden in unserer Fraktion, der, für mich einerseits verständlich, andererseits auch wieder unverständlich, gar in einer anderen Partei leitend tätig ist. Warum also nicht auch (noch) „Unorganisierte“? Wir beißen doch nicht und Neue können nur von außen kommen.

Übrigens: Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bietet demnächst ein Seminar für kommende Kommunalpolitiker/innen an. Dahin wollen wir dann auch gern „delegieren“, haben wir doch selbst schon zwei Mal ein solches durchgeführt. Hat den heute in der Bezirksversammlung und deren Ausschüssen sitzenden sicher nicht geschadet.

Fazit: Schreib's auf, Genossin! Gib's weiter, Genosse!

Volker/Bernhard

Zur erneuten Info: **Einteilung der Bezirkswahlkreise**

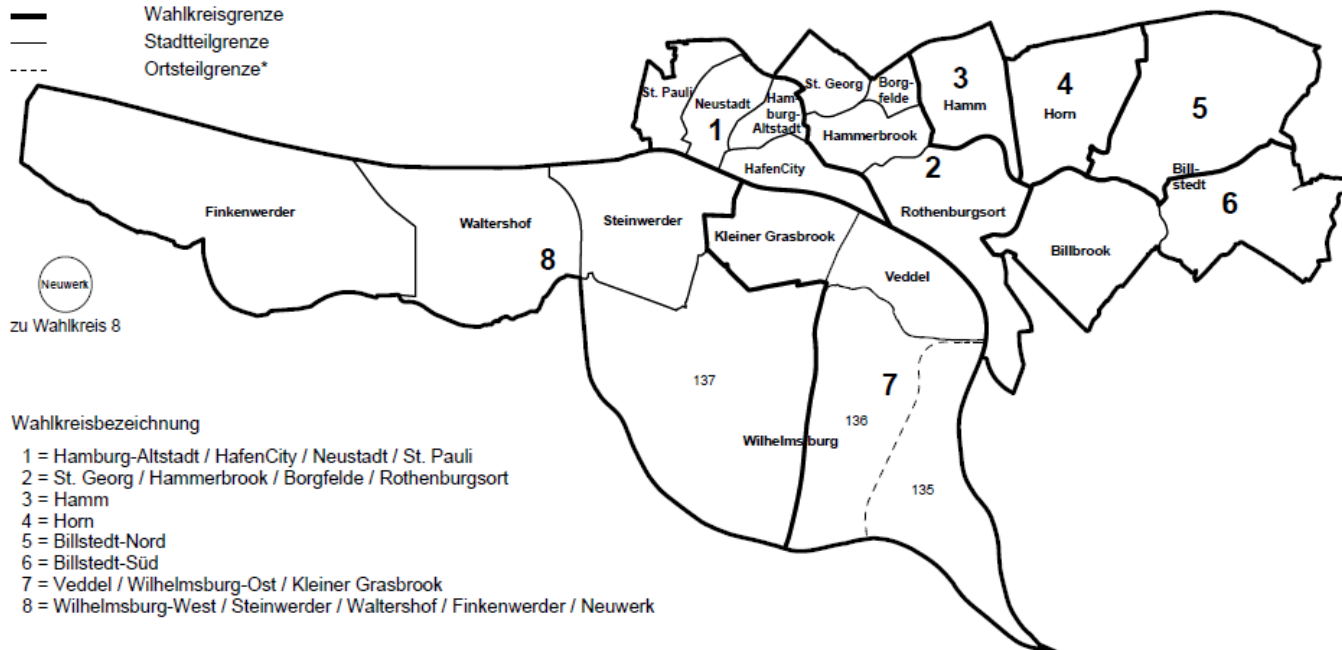
Wahlkreisnummer	Wahlkreisbezeichnung	Wahlkreisbeschreibung Stadtteile	Sitze
1	Hamburg-Altstadt, HafenCity, Neustadt, St. Pauli	Hamburg-Altstadt, HafenCity, Neustadt und St. Pauli	4
2	St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde, Rothenburgsort	St. Georg, Hammerbrook, Borgfelde und Rothenburgsort	3
3	Hamm	Hamm	5
4	Horn	Horn	4
5	Billstedt-Nord	Von Billstedt das nördliche Gebiet mit der Grenze: die Gliner Straße von der Landesgrenze bis zur Möllner Landstraße, diese bis zum Schleemer Bach, dieser bis zur Grenze gegen den Stadtteil Billbrook	4
6	Billstedt-Süd	Billbrook sowie von Billstedt das südliche Gebiet von der Grenze gegen den Wahlkreis 5	4
7	Veddel, Wilhelmsburg-Ost, Kleiner Grasbrook	Veddel, Kleiner Grasbrook und von Wilhelmsburg die Ortsteile 135 und 136; Seeleute & Binnenschiffer	3

8 Wilhelmsburg-West, Steinwerder, Finkenwerder, Waltershof, Finkenwerder, Neuwerk Steinwerder, Finkenwerder, Waltershof, Neuwerk sowie von Wilhelmsburg der Ortsteil 137 3

Und das Ganze noch mal als **Grafik**:

Wahlkreiseinteilung zur Bezirksversammlungswahl: Bezirk Hamburg-Mitte

Wilhelmsburg: Stadtteilname
137: Ortsteilnummer*
— Wahlkreisgrenze
— Stadtteilgrenze
- - - Ortsteilgrenze*



* aus Gründen der Übersichtlichkeit hier nur für den nach Ortsteilen auf zwei Wahlkreise aufgeteilten Stadtteil Wilhelmsburg abgebildet

© Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein

LESERBRIEF zu Reinhild Schwardts Artikel „Wer hat Angst vorm blöden Ossi?“ aus der August-Mittelmang-Ausgabe:

Reinhild hat einen streitbaren und an manchen Stellen polemischen Artikel verfasst. Aber Die Linke zeichnet sich im Gegensatz zum Kanzlerinnenwahlverein CDU auch und gerade durch ihre lebendige Streitkultur aus. Reibung erzeugt Wärme.

Leider kann ich nicht alle Thesen kommentieren, da dies sicherlich den Rahmen eines Leserbriefes sprengen würde. Deshalb kommentiere ich im Folgenden nur einen Punkt:

„Darum plädierten sie für ein **einheitliches, antifaschistisches, blockfreies** Deutschland. Mit Gründung der BRD war diese Chance vertan. Die BRD hatte sich an die USA gebunden und führt seitdem ihre Kriege überall auf der Welt. Genau das haben die Kommunisten nicht gewollt.“

Die Sowjetunion entwickelte während des Zweiten Weltkrieges eigene Ideen für ein Nachkriegsdeutschland. Josef Stalin schwebte ein ungeteilter, neutraler und nichtsozialistischer Staat vor oder

genauer formuliert: er kommunizierte dies so in die Weltöffentlichkeit.

Was waren seine Motive? Waren sie uneigennütziger Natur? Wohl kaum!

Stalin vertrat in seiner Deutschlandpolitik unter anderem folgende Ziele:

- den Erhalt der deutschen Einheit, weil er damit rechnete, dass die drei restlichen Alliierten Deutschland verlassen würden bzw. ihre Zone aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr halten könnten. Somit wollte er in Europa zur dominierenden Macht werden und in ganz Deutschland den Kommunismus einführen.
- Sicherung der Reparationszahlungen, weil die SU zum einen im Krieg stark zerstört wurde und zum anderen weil im Ruhrgebiet viele Kohle- und Stahlkonzerne lagen.

Sven-Friedrich Wiese

Volksentscheid erfolgreich – jetzt die vollständige Realisierung durchsetzen!

Die HamburgerInnen haben entschieden, dass „Senat und Bürgerschaft unverzüglich alle notwendigen Schritte“ zu unternehmen haben, „um die Hamburger Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen.“ Der Volksentscheid hat auch die energiepolitischen Ziele dieser Rekommunalisierung festgelegt: „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ DIE LINKE Hamburg hat die Volksinitiative *Unser Hamburg – unser Netz*, die den Volksentscheid durchsetzte, von Anfang an tatkräftig unterstützt.

Die HamburgerInnen haben sich mehrheitlich durch die gewaltige Propagandaschlacht von Vattenfall, SPD-CDU-FDP, Handelskammer, Unternehmerverbänden und Springerpresse nicht beirren lassen. Trotz massiver Unterstützung durch die meisten Medien, offener Lügen („nur Rohre und Kabel“, „2 Mrd. aus dem Haushalt“ usw.) der Freunde von Vattenfall und E.on hat sich die Erkenntnis durchgesetzt:

Fernwärmeversorgung und die Strom- und Gasnetze gehören in die Hand der Stadt, denn

- sie müssen dem Gemeinwohl dienen und nicht dem Profit der Energiekonzerne
- eine wirkliche Energiewende, weg von Kohle und Atom, hin zu einer sozial gerechten, klimaverträglichen Energieversorgung aus erneuerbaren Energien ist mit Vattenfall, E.on & Co. nicht möglich
- die Stadt muss endlich wieder Einfluss auf die Entwicklung der Energieversorgung Hamburgs bekommen.

440.000 HamburgerInnen haben gezeigt, dass „die da oben“ doch nicht machen können, was sie wollen. Sie haben mit dem erfolgreichen Volksentscheid die Tür aufgestoßen zu einer neuen Energiepolitik Hamburgs, die Klimaschutz ermöglicht und Energiearmut verhindert. Ein wichtiger Schritt neoliberaler Privatisierung wird rückgängig gemacht. Jetzt gilt es, den SPD-Senat, der „in vertrauensvoller Zusammenarbeit“ mit dem Atom- und Braunkohlekonzern Vattenfall alles versucht hat, dieses Votum zu verhindern, zur vollständigen Umsetzung zu bewegen. Die Volksinitiative und zahlreiche HamburgerInnen werden sehr genau darauf achten, ob der Senat und die SPD-Fraktion „unverzüglich alle notwendigen Schritte“ unternehmen, um den Volkswillen umzusetzen.

Und auch DIE LINKE und ihre Bürgerschaftsfraktion werden darauf achten, dass der SPD-Senat nicht versucht, das Ergebnis des Volksentscheids zu unterlaufen. Die Zeit der Kungelrunden von Regierenden und Konzernen muss der Vergangenheit angehören!

Hamburg braucht neue Stadtwerke. Neben Hamburg Energie, Hamburg Wasser, den neuen Netzgesellschaften Strom und Gas sowie der Fernwärme-gesellschaft sollten mittelfristig weitere öffentliche Unternehmen, z.B. die Hamburger Hochbahn, dazu gehören. Zur Entwicklung konkreter Formen direkt-demokratischer Einflussnahme ist ein breiter gesellschaftlicher Diskurs zu organisieren. In diesen ist die Volksinitiative ebenso einzubeziehen wie Umwelt- und Sozialverbände und Gewerkschaften. Voraussetzung für wirkliche demokratische Partizipation ist umfassende Transparenz. Die Netz- und Fernwärme-gesellschaften müssen – wie die Stadtwerke insgesamt – eine Rechtsform und Unternehmenssatzung erhalten, die eine umfassende Information von Bürgerschaft und Bevölkerung sicher stellt.

Des Weiteren fordern wir für die Beschäftigten, die im Rahmen eines Betriebsübergangs nach §613a BGB übernommen werden, einen dauerhaften Bestandsschutz für sämtliche tariflich vereinbarten Beschäftigungsbedingungen.

Wird der Volksentscheid in diesem Sinne umgesetzt, steht Hamburg vor einer energiepolitischen Zeitenwende: Die Fernwärmeversorgung kann schnell dem Gemeinwohl verpflichtet werden, weil das ganze System übernommen wird. Bei der Strom- und Gasversorgung werden als erster Schritt die Netze diesem Prinzip untergeordnet. Dem Ziel, die gesamte Energieversorgung dem Profitprinzip, also dem Kapitalwertungsprozess zu entziehen, ist Hamburg ein großes Stück näher gekommen. Mit dem Schwung der neuen Energiebewegung, die in den letzten Jahren in Hamburg entstanden ist, kann das gelingen.

DIE LINKE wird auch in Zukunft dafür eintreten, dass alle Bereiche gesellschaftlicher Daseinsfürsorge wie Wasser- und Energieversorgung, Öffentlicher Verkehr, Krankenhäuser, Bildung usw. in öffentlichem Eigentum bleiben bzw. wieder ver-gesellschaftet, also in die Hand der Kommunen überführt werden.

Gilbert Siegler

Vielen Dank für Euer Engagement im Wahlkampf!

Berlin, den 24. September 2013

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freundinnen und Freunde, ein anstrengender, ereignisreicher und erfolgreicher Wahlkampf liegt hinter uns. Der Wahlsonntag war ein guter Tag für DIE LINKE. Wir ziehen erneut mit einer starken LINKEN Fraktion in den Deutschen Bundestag ein – mit einem Ergebnis von 8,6 Prozent, das uns vor einem Jahr niemand zugetraut hätte. Auch in Hessen haben wir gekämpft und mit 5,2 Prozent gewonnen. Hessen ist damit das erste westdeutsche Bundesland, in dem wir zum dritten Mal hintereinander den Einzug in den Landtag schaffen.

Wir gratulieren allen frisch gewählten Abgeordneten und wünschen ihnen für die kommende Legislaturperiode viel Kraft, Durchhaltevermögen, tolle Ideen und starke Nerven. Vor allem aber möchten wir all den Kandidatinnen und Kandidaten sowie den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern danken, die vor Ort das Gesicht der LINKEN waren und sind. Euer Engagement im Wahlkampf war die Grundlage für unseren erfolgreichen Wiedereinzug – mehr als sieben Millionen Zeitungen und fünf Millionen Kurzwahlprogramme wurden verteilt, eine halbe Millionen Plakate gehängt, hunderte Veranstaltungen und Aktionen organisiert, viele Neumitglieder wurden gewonnen. Euch allen gehört unser großer Dank.

Nach einem langen und harten Wahlkampf hätten wir uns eigentlich eine Verschnaufpause verdient. Diese ist uns leider nur kurz vergönnt. Neben der Auswertung des Wahlkampfes und der Vorbereitung der Europawahl werden wir in den nächsten Monaten insbesondere die Parteientwicklung in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen. Die vielen neuen Kontakte der letzten Wochen, das spürbare Engagement, die gute Stimmung in der Partei wollen wir nun weiter nutzen. Wir hoffen dafür auf Eure Unterstützung und verbleiben

mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping

Bernd Riexinger

Matthias Höhn

Vorläufige **Ergebnisse der Bundestagswahl 2013** in den Stadtteilen (Zweitstimmen) Wahlbeteiligung (incl. Briefwahl) und Stimmenanteile (ohne Briefwahl) der Parteien in Prozent

Stadtteil	Beteiligung	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Piraten	AfD	Übrige
Hamburg-Altstadt	68,6	24,8	29,3	15,4	7,0	12,2	3,4	6,2	1,7
HafenCity	83,6	40,7	19,3	13,5	13,5	5,4	1,9	4,8	1
Neustadt	74,0	21,6	32,7	18,5	3,8	13,8	3,3	3,9	2,3
St.Pauli	69,9	12,2	25,5	23,0	2,0	23,8	5,8	3,1	4,6
St.Georg	74,9	21,9	28,1	20,0	4,8	15,6	3,8	3,7	2,0
Hammerbrook	62,2	15,4	23,1	21,7	2,5	19,4	8,1	3,5	6,3
Borgfelde	67,7	26,0	33,9	14,0	2,8	10,3	5,0	4,1	4,0
Hamm	67,6	24,9	34	12,7	3,1	12,1	5,1	5	3,1
Horn	56,0	26,6	39,2	7,8	2,6	10,8	3,7	5,6	3,6
Billstedt	55,7	28,7	41,5	5,6	2,9	10,2	2,6	5,6	3
Billbrook	43,2	24,7	34,7	6,0	0,7	11,3	6	7,3	9,3
Rothenburgsort	53,3	23,9	37,7	8,8	2,5	12,7	5,4	5,2	3,8
Veddel	60,0	11,0	37,9	15,4	1,9	17,3	8,5	3,0	5,0
Wilhelmsburg	57,1	23,7	40,6	9,0	2,3	13,1	3,4	4,3	3,7
Kleiner Grasbrook/Steinwerder	57,1	8,4	22,7	20,6	3,8	23,4	12,9	3,1	4,9
Finkenwerder/Waltershof	70,7	29,1	39,8	9,3	2,5	9,7	2,2	5,4	2,0
Bezirk Hamburg-Mitte (% mit Briefwahl)	60,2	25,6	35,4	12,1	3,3	12,0	3,8	4,4	3,3

Tipp: Für wahre Zahlenfreunde ist viel viel mehr unter folgendem Link zu finden, bis hin zu den Ergebnissen in den einzelnen Wahlbezirken:

<http://bundestagswahl->

hh.de/wahlen.php?site=left/gebiete&wahl=62#index.php?site=right/ergebnis&wahl=62&gebiet=1&typ=1&stimme=1

Gedanken zur Wahl

Mit knapp über 70 % ist die Wahlbeteiligung ähnlich gering wie 2009 nach der zweiten Großen Koalition im Bundestag. 1/6 der abgegebenen Stimmen fanden keine Repräsentanz im Parlament, weniger als 60% der Wahlbevölkerung sind repräsentiert im Berliner Reichstagsgebäude. Zum zweiten Mal ist das bürgerliche Lager wählerstärker als die wohl mal von Willy Brandt konstatierte rechnerische „linke“ Mehrheit! Gleichwohl richtig vor der Gesamtkonstellation des Wahlergebnisses der Parteivorstandsbeschluss: „Im neu gewählten Bundestag gibt es eine rechnerische Mehrheit gegen Angela Merkel und die Union. Die drei bisherigen Oppositionsparteien SPD, Grüne und DIE LINKE sind in der Pflicht, miteinander in ernsthaften Gesprächen auszuloten, welche Möglichkeiten bestehen, diese rechnerische zu einer politisch handlungsfähigen Mehrheit zu machen, um einen Politikwechsel einzuleiten. DIE LINKE ist zu solchen Gesprächen bereit.“

„Die Wahlbeteiligung“, so stellt Horst (nicht Johannes, muss man für Leute aus Mitte wohl erwähnen) Kahrs in der mittlerweile teils schon sehnsüchtig erwarteten nächtlichen oder morgendlichen Wahlauswertung für die Rosa-Luxemburg-Stiftung (im Folgenden: Kahrs) fest, „lag nur geringfügig höher als beim Tiefstand 2009. Der Wahlkampf vermochte keine qualitativ höhere Wählermobilisierung zu erzeugen. Ein Grund dürfte gewesen sein, dass bereits früh klar war, dass die rotgrüne Wahlstrategie für einen Regierungswechsel nicht erfolgreich sein und es keine Alternative zur Merkel-Politik würde.“

Der große Gewinner der Bundestagswahl, die angeblich sozialdemokratisierte Union, holt u.a. mit mehr als zwei Millionen Wählern allein mehr als doppelt so viele, wie beim letzten Mal zur FDP gegangen waren, von dieser zurück. Die Union aus CDU und CSU konnte ihren Stimmenanteil erstmals wieder auf über 40% steigern. Die CDU hat flächendeckend fast alle Direktmandate holen können.

Wäre der Sieg, der vielleicht ein Pyrrhussieg ist, auch ohne „Mutti“ gelungen? Die gibt doch Sicherheit im krisengeschüttelten Europa und lässt auf ein `weiter so, Deutschland` (wo ist das noch `mal her?`) „hoffen“. „Damit wurde ihre Stellung in der Union und ihr Kurs der pragmatischen Modernisierung und Anpassung (wert)konservativer Positionen der Union an veränderte gesellschaftliche Bedingungen gestützt“, schreibt Kahrs auswertend.

Was wäre die Union ohne Merkel, die, wie weiland ein stacheliges Tier in Buxtehude, politisch immer schon da zu sein scheint, wo die anderen gerade anlangen? Es kommt eben doch auch auf Personen an, denn wo war das Programm der Union außer bei der Autobahnmaut für Ausländer, in der Tat einem `schland-bewegenden Thema`?

Erleben zu dürfen, dass die FDP, die Partei, die mit dem so genannten „Lambsdorff-Papier“ in den frühen Achtzigern die Ära der Deregulierung und wirtschaftlichen Liberalisierung in der BRD politisch einleitete, 2009 die größte Wahlgewinnerin, 67% ihrer Zweitstimmen verlor und weg ist aus dem Berliner Bundestag, ist fast nicht glaublich. Ich muss bekennen, wie oft hatte ich's mir schon gewünscht, aber man konnte sicher sein, sie schaffte es immer wieder... „Unter Westerwelle hatte sich die FDP vom politischen, bürgerrechtlichen Liberalismus verabschiedet. Unter Rösler und Brüderle verspielte sie bei ihren Anhängern ihren Ruf als Steuersenkungspartei und ordnungspolitischer Hort des wirtschaftlichen (Markt-)Liberalismus. Im Ergebnis wirtschaftete der parteipolitisch organisierte Liberalismus in Deutschland auf außerparlamentarisches Niveau ab“, konstatiert Horst Kahrs. Mal schauen, ob's das war. Bürgerrechte verteidigen – wie es ja noch einige auch in der Berliner Fraktion taten- können auch andere kleine Parteien und bedarf es noch einer Truppe, die dem Marktradikalismus eine Stimme gibt? Wir werden es spätestens bei den nun folgenden Landtagswahlen sehen. Mit der als stellvertretenden Parteivorsitzenden in Rede stehenden Katja „Friesenerz“ Suding könnte ja wohl eine neue Lichtgestalt am Firmament des organisierten politischen Liberalismus erscheinen, oder, Hamburgerinnen und Hamburger? Wird das große Geld die Partei, die durch den Verlust der Bundestagsfraktion Know-how und viel Staatsknete verliert, am Leben erhalten? Ist's nur eine Durststrecke, die auch schon andere Parteien erlebten, oder geht's zu Ende mit den Marktradikalen? Und wo gehen die übrig Gebliebenen dann hin?

Knapp vorbei heißt es für die AfD, die uns nach Meinung der Wahlforschung mit rund 360.000 ex-LINKE-Stimmen einiges an Protestwählern vom letzten Mal abgezogen hat. Bleiben die verschont von innerparteilichem Zoff, dann werden sie Abgeordnete nach Brüssel bzw. Straßburg entsenden am 24.5.2014, darauf möchte ich wetten. Ihr Thema, Deutschland als Zahlmeister Europas, wird mobilisierend bleiben.

Die SPD hat gegenüber der Niederlage nach Ende der letzten Großen Koalition wieder zugelegt, stabilisiert sie sich auf niedrigem Niveau? Die weit über 2 Mio. Wähler, die 2009 in die Nichtwählerschaft oder zu uns gingen, sind rechnerisch größtenteils zurück. Erneut Kahrs: „Die SPD erzielte zwar ein leicht verbessertes Ergebnis. Es zählt aber immer noch zu ihren schlechtesten Ergebnissen bei Bundestagswahlen. Nur gut ein Viertel der Stimmen, ein Zuwachs von 2,5% gegenüber der Talsohle von 2009, holen die SPD, trotz großem Einsatz und Haustürwahlkampf, auf den Boden ihrer politischen Möglichkeiten zurück. Der Versuch, mit der »alten Garde« aus der Schröder- Ära, und einem Bündnis mit den Grünen die Macht zurück zu erobern, scheiterte. Die SPD kann die tektonischen Verschiebungen in ihrer Anhängerschaft infolge der rotgrünen Reformpolitik 2000 bis 2005 nicht rückgängig machen“. Die zumindest wahlarithmetische Angst vor einer Neuauflage der Liaison mit der Union ist sehr verständlich. Und bei Hartz IV und Rente mit 67 wäre mit der Union im Bett auch nicht viel zu erwarten für's Wahlvolk. Wie ich schon bei der letzten Bundestagswahl schrieb: Eine Partei, die Politik gegen die eigene Wählerschaft betreibt, in dem sie wie die SPD z.B. die Interessen der gesellschaftlich Schwächeren nicht mehr wahrnimmt, kann mittelfristig nur verlieren.

Zu den Grünen, für die Herr Ströbele in Berlin wieder „seinen“ Wahlkreis Kreuzberg/Friedrichshain holte, schreibt Kahrs, ihr „Ausflug...in neue, Neubürgerliche soziale Schichten wurde gestoppt. Die Grünen blieben nicht nur deutlich unter ihren Umfragewerten vom Frühsommer (15%), sondern (mit einem Verlust etwa eines Fünftels ihrer Wählerinnen, VH) auch unter ihrem Vorwahlergebnis. Sie erreichten ein Ergebnis, dass auf dem Niveau ihrer Stammwählerschaft liegen dürfte, auf die sie sich in der letzten Phase ihres Wahlkampfes konzentrierten. Die Ursachen für dieses schlechte Ergebnis sind vermutlich vielfältig...Strategisch ketteten sich die Grünen an ein Bündnis mit der SPD, wozu es angesichts der führenden Personen kaum eine Alternative gab. Wahlstrategisch versuchten sie, über eine Ausweitung ihrer Thematik bis hin zur Haushalts- und Finanzpolitik neue Wählerschichten fester zu binden, verzichteten damit aber auf eine offensive Auseinandersetzung mit der Union über die Energiewende.“

Die Linke hat mit einem Verlust von >27 % der Stimmen gegenüber 2009 ein ehrliches Wahlergebnis erzielt. „ Sie wurde drittstärkste Partei vor Grünen und CSU. Sie konnte ihr Wahlergebnis von 2005 bestätigen und widerlegte alle Hoffnungen politischer Gegner, sie könne sich als Protestbewegung nach zwei Legislaturperioden erledigt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Auch im Westen kam sie wieder über fünf Prozent, was ihre Rolle

als bundespolitische Partei unterstreicht“, schreibt Kahrs. 1/3 der Stimmen im Westen wurden gegenüber der letzten Wahl wieder verloren, im Saarland – Heimat Oskars und geschüttelt von der Wiederholung der KandidatInnenaufstellung - gar > 50 %, in Bayern etwas darunter in einem Teil der östlichen Länder – wenn auch von völlig anderer Ausgangslage- m.E. auch Besorgnis erregend. Bundesweit verließen uns je etwa 360 Tsd. gen AfD bzw. zurück zur links blinkenden SPD und immer noch 310 Tsd. in die Wahlverweigerung. 2009 hatten wir überall gewonnen, wählerInnenstärkste Partei waren wir damals in Sachsen-Anhalt mit >32 %, in vier weiteren Ländern vor der SPD eingelaufen, dicht an dieser im Saarland, wo wir >20 % lagen. Von den 16 Direktmandaten aus fünf Bundesländern, teils mit Parteilosen besetzt, blieben nur die vier Berliner (Liebig, Pau, Löttsch, Gysi) übrig. Mit den beiden Frauen halten wir die Wahlkreise teils schon seit vielen Perioden. Liebig setzte sich in einem Wahlkreis durch, der m.E. auch Teile des ehemaligen Westberlins umfasst. Vom Standpunkt des Bezirkskassiers muss darauf hingewiesen werden, dass der Verlust von absoluten Stimmen und von Bundestagsabgeordneten dazu führt, dass auch die staatlichen Zuschüsse für die Partei und die Mandatsträgerbeiträge geringer werden, was Auswirkungen bis auf die Bezirksfinanzen haben dürfte.

In Hamburg hat die Wahlbeteiligung gegen den Trend abgenommen, ob sich daran nach dem Ende des Chaos bei der Auszählung am Abend des 22.09. noch was geändert hat, weiß ich nicht. Wir haben mit 2,4% einen unterdurchschnittlichen Stimmenverlust gegenüber dem Bundesergebnis. Auch wenn die zwei Liberalalalas Canel und Müller-Sönksen nicht mehr nach Berlin entsandt wurden, am zweiten Mandat haben wir diesmal leider nicht gekratzt. Manche sah ja schon Sabine Boeddinghaus, sicher eine gute Wahl, in der Bundeshauptstadt. Freuen wir uns wenigstens über Jan, der erneut „Hamburgs Linke“ in Berlin vertritt.

Der Wahlkreis 18, Hamburg-Mitte genannt, aber einerseits nur Teile des Bezirksverbandes umfassend, dafür Teile aus Wandsbek sowie Nord, ist wieder bei den Wahlkreisen aus dem Westen mit zweistelligem Ergebnis. Von fast 14 % fielen wir auf 11 %! Vorn übrigens alle vier saarländischen Wahlkreise und erst hinter uns geht es dann mit dem „roten Revier“ los. In drei Stadtteilen aus Hamburg-Mitte haben wir mehr Stimmen als die SPD erhalten, davon mit Hammerbrook und Steinwerder/KI. Grasbrook (dort gar stärkste Partei überhaupt) aber zwei mit sehr wenigen EinwohnerInnen. Blicke also St. Pauli, die alte PDS-Hochburg, mit >24 % und Wahlbezirksergebnissen von teils um die 30 % als leuchtendes Vorbild für alle, die in der SPD den Hauptgegner sehen. Acht-

bares Ergebnis für Jochen mit 9,5 %, Kahrs ist nur noch Nr. 3 bei den SPD-Direktmandatierten aus der Hansestadt hinter Aydan Özogus in Wandsbek und Metin Hakverdi in Bergedorf/Harburg.

Viele Parteimitglieder werden meine Meinung bekräftigen, dass die Parteientwicklung, wie es der Bezirksvorstand als sein Ziel ausgegeben hat, eine

vorrangige Aufgabe werden muss, um die politische Handlungsfähigkeit zu stärken. Angesichts von zwei parallelen Wahlen im Jahr 2014 kann dies nur in einer Verknüpfung mit den zu organisierenden Wahlkämpfen gelingen.

Volker Honold

Performance der Linkspartei

Wow, 17.3% für uns, dachte ich am Wahlsonntag - ach nee, war leider nur die Uhrzeit. Hätte besser laufen können, aber auch wesentlich schlechter. An der schlechten Performance unserer Parteiführung und insbesondere an den Mitgliedern "an der Front" hat das bescheidene Wahlergebnis sicherlich nicht gelegen.

Was war gut?

1. Plakate, die im Gegensatz zu den stark personalisierten und "Wischiwaschi-Slogans" der anderen Parteien auf Inhalte gesetzt haben.
2. Katja und Bernd haben in den letzten 16 Monaten "Ruhe in den Laden gebracht" - insbesondere Bernd habe ich als integrativen Parteivorsitzenden empfunden und Katja hat gute bis sehr gute Talkshowauftritte hingelegt. Zudem war Sarah gefühlte 10.000 Mal in allen Talkshows des deutschen Fernsehens und konnte in jedem ihrer Auftritte mit ihrem analytischen Scharfsinn die Zuschauer beeindrucken.
3. Dass Die Linke die einzige echte Oppositionspartei im BT ist, konnte die Fraktion in etlichen Abstimmungen der letzten Legislatur deutlich machen - möglicherweise ist das aber nicht deutlich genug in die Öffentlichkeit kommuniziert worden (allerdings darf man auch nicht verkennen, dass uns die Medien weitestgehend stiefmütterlich behandeln).
4. Die aktiven Mitglieder in den Kommunen sind im Gegensatz zu denen der etablierten Parteien zum einen leidenschaftliche Wahlkämpfer und zum anderen konnten sie in den Bezirks- und Stadtparlamenten mit Sachpolitik punkten - aber auch hier ist wiederum das Problem, dass wir es nicht schaffen, dies in einem ausreichenden Maße in die Öffentlichkeit zu kommunizieren.
5. Die Linke ist drittstärkste Partei im BT geworden - noch vor den Grünen. Wer hätte das vor ein paar Wochen gedacht!?

Was ist verbesserungswürdig?

1. Eines unserer größten Probleme scheinen mir die Nichtwähler zu sein. Gerade in dieser Gruppe denken die meisten links. Es ist eine wahre Tragödie, dass die linken Parteien (und Teile in der SPD - z.B. die Jusos- sind durchaus dem linken Spektrum

zuzurechnen) es nicht schaffen, diese Wählergruppe an die Urnen zu bekommen. Zum größten Teil ist diese Tragödie, dass also gerade die Menschen, die eine Verbesserung ihrer Lebenslage bitter nötig hätten, nicht zur Wahl gehen, nicht unsere Schuld. Die Politikverdrossenheit haben die etablierten Parteien verursacht - teilweise flankiert durch unqualifizierte Aussagen von pseudo-intellektuellen Nichtwählern wie dem öffentlichkeitswirksamen Richard David Precht.

2. Beim Mindestlohn streiten wir mit der SPD um 1,50 Euro Unterschied bei der gesetzlichen Lohnuntergrenze. Nicht mehr viele identifizieren die Mindestlohnforderung originär mit der Linkspartei. Also benötigen wir eine neues ureigenes markantes linkes Projekt, wie z.B. die Arbeitszeitverkürzung, damit ALLE, die es wollen, Arbeit finden. Allerdings bringt der aktuelle Vorstoß im BT den WählerInnen und Medien die "Urheberschaft" der Mindestlohnforderung glücklicherweise wieder stärker ins Bewusstsein.

3. Laut einer Studie des Soziologen Michael Hartwig aus dem Jahre 2009 (leider habe ich keine aktuelle Studie zur Verfügung) ist der typische Linkspartei-Wähler in Hamburg männlich und im Alter zwischen 45 und 59 Jahren. Wir müssen a. auch wieder die jüngere Generation für die Linke gewinnen und b. sollten wir uns ernsthaft Gedanken darüber machen, wie wir die Frauen für uns begeistern können. Immer noch korrespondiert ein relativ geringer Zuspruch in der weiblichen Wählerschaft mit einer geringen Bereitschaft von Frauen, der Linkspartei beizutreten.

Unsere Partei wird den Erwartungen vielen Frauen nicht gerecht. Die meisten politisch interessierten Frauen wünschen sich politische Gestaltung, die unmittelbar zu einer Verbesserung ihrer Lebenslage führt. Als mehrheitlich Einkommensschwache, doppelt und dreifach Arbeitsbelastete haben sie weniger Interesse an perspektivisch wirkenden Lösungsansätzen. Eine Partei, die prekär beschäftigte, erwerbslose und alleinerziehende Frauen erreichen will, muss ihnen ein Angebot nah am Alltag machen. Das ganze Feld der Frauenpolitik ist kaum oder wenn nur sehr zaghaft Thema der Linkspartei. Mit dem berühmt-berüchtigten Spruch des „Gasnossen“ Gerhard Schröder "Frauen und

Gedöns" lässt sich jedenfalls keine Frau "hintern Ofen hervorlocken".

4. Im Wahlkampf hat mich gefühlt jeder Dritte auf unsere vermeintliche Kollaboration mit dem DDR-Regime angesprochen. Wir müssen noch deutlicher hervorheben, dass wir damit nichts zu tun haben. Bevor wir diesen Makel aus den Köpfen der Leute wegbekommen, fließt allerdings noch viel Wasser den Rhein bzw. die Elbe hinunter.

Fazit:

Die entscheidende Frage muss lauten: Wie kommt es, dass sich die berechtigte Empörung über Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Kürzung sozialer Leistun-

gen nicht in mehr Wählerstimmen für Die Linke niederschlägt. Zum einen müssen wir die Nichtwähler wieder an die Urnen bekommen, zudem sollten wir versuchen, die jüngere Generation und die weibliche Wählerschicht mit Angeboten, die nah an ihrem Alltag angesiedelt sind, besser zu erreichen, auch die Abgrenzung zum DDR-Regime muss noch deutlicher in die Öffentlichkeit kommuniziert werden und last but not least benötigen wir ein neues ureigenes markantes linkes Projekt, wie z.B. die Arbeitszeitverkürzung, damit ALLE, die es wollen, Arbeit finden, da nicht viele die Mindestlohnforderung mehr originär mit der Linkspartei verbinden.

Sven-Friedrich Wiese

Einladung zum Treffen in Billstedt

Liebe GenossInnen,
wie auf der BMV am 25. September angekündigt lade ich für Montag, den 7. Oktober, 18:30h in den Kulturpalast Billstedt ein:

Montag, 7. Oktober, 18:30h

Treffen der Linken in Hamburg-Mitte
im Baustellen Casino des Kulturpalast Billstedt
Öjendorfer Weg 30a nahe U-Bahn Billstedt.

Als **Themen** für das Treffen schlage ich vor:

- vergangene Bundestagswahl
- bevorstehende Bezirksversammlungswahl
- DIE LINKE im Hamburger Osten

Kommt einfach zahlreich vorbei und genießt mit uns einen netten Abend.

für den Bezirksvorstand
Jan-Peter Klöckner

Nach der Wahl:

Bezirksmitgliederversammlung am 25.9.

Es ist zu berichten von der Ende September im Gemeinschaftsraum der Drachenbau e.G., St. Georg stattgehabten letzten Bezirksmitgliederversammlung, einer Institution in Mitte, die von einigen herbeigesehnt von anderen immer mit ungutem Gefühl besucht wird. Immerhin wieder ca. 25 Teilnehmerinnen harrten der Dinge oder schauten auf die Aushänge zur Wahl, bis unser, nun fast schon als bewährt zu bezeichnender Tagungsleiter, Jan Peter Klöckner um 19:15 die Show begann. Nach schneller Einigung auf den TO-Vorschlag des Vorstandes folgte die **Auswertung der Bundestagswahl und des Wahlkampfes in Mitte**. Die vom Vorstand eingesetzte Bezirkswahlkampfkoordinatorin und Vertreterin des Bezirkes in der Landeswahlkampfleitung, Genossin Hannah Heyenn, gab einen Bericht. Nur 15 Personen seien im Wahlkampf aktiv gewesen. Damit weniger als in vorangegangenen. Ihnen wurde im Laufe des Abends je ein Präsent überreicht. Unserem aus Eimsbüttel stammendem Direktkandidaten Jochen Hanisch wurde gedankt, auch er erhielt ein zu seiner Chili-Tüten-Verteilung im Wahlkampf passendes Präsent: ein Kochbuch für dies Gewürz. Diverse Einlassungen gab es bis ca. 20 Uhr in der Aussprache. Ob das Ergebnis wirklich eine vernichtende Niederlage für den Neoliberalismus ist und ein

Schlag in die schmutzige Fresse des Imperialismus, wie man aus einigen Redebeiträgen hätte entnehmen können? Stünde gar der Sozialismus vor der Tür, wenn wir mehr auf friedenspolitische Aspekte eingegangen wären? Diese Fragen stellen zu dürfen, darf erlaubt sein. Jedenfalls bot der Versammlungsleiter als weitere Austauschmöglichkeit das nächste Treffen des Billstedter Stammtisches (7.10.) an. Und natürlich wies er auf das Mitglieder-treffen des Landesverbandes im Bürgerhaus Wilhelmsburg hin. Das allen die Veröffentlichungsmöglichkeit zur Frage im MitNemang offen steht, verstand sich von selbst.

Nach einer Pause wurde um 21:05 Uhr der TOP **Diskussion & Beschlussfassung zur Größe des Landesparteitags (LPT)** aufgerufen. Dazu gab es zwei Anträge. M. Wittmaack begründete den als Tischvorlage eingebrachten Antrag des Vorstandes, dessen Behandlung rein formal hätte, Kris Glaser stellte dies zu recht fest, eigentlich von der Versammlung beschlossen werden müssen. Kris begründete selbst den Antrag von Benthin u.a. Es folgte eine Aussprache bis zum GO-Antrag Martin Wittmaacks auf Schluss der Debatte, der angenommen wurde. Sodann erklärte er, der Landesvorstand habe die Bezirke eigentlich nur gebeten

sich zur Frage der Größe des Landesparteitages zu äußern. Eigentlich hätte der Vorstand jetzt seinen Antrag, der die Landesdelegierten zu einem Verhalten aufforderte, zurück ziehen sollen, denn die sollen ja gar nicht damit befasst sein, aber niemand von den fünf einschließlich des Tagungsleiters fiel das wohl auf und so stellte Martin nur erneut einen GO-Antrag, nämlich alle drei vorliegenden Anträge nicht zu befassen, sondern ein Meinungsbild zur Frage der Größe des LPT (siehe dazu das letzte Mitteilungsblatt) herzustellen. Das Meinungsbild brachte dann zu Tage, dass die BMV Mitte die alte Delegiertenzahl beibehalten will. (Mal schauen, ob wir beim nächsten Mal mehr Auswahl haben als eine Kandidatin mehr als wir überhaupt zu wählen

haben, wie bei der letzten „Wahl“). Unsere Vertreterin im Landesvorstand, Nadine Berger, wird dies dort wohl vortragen.

Der nicht befasste Antrag „Diskussion über Landesmitgliederversammlung“ wurde zur nächsten BMV von Kris Glaser erneut eingebracht bevor unser Versammlungsleiter in das sich auflösende Plenum hinein erklärte, der geplante TOP 3: **Fahrplan zur Vorbereitung der Wahlen zur Bezirksversammlung** werde um den Bereich „Europa“ erweitert bei nächster BMV voran gestellt, verteilte dazu eine Versammlungsplanung des Vorstandes und schloss die Versammlung um 22.15 Uhr.

Volker Honold

Rot tut not

Kommentierter Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung in Mitte am 25.9.2013

Nach gut drei Monaten seit der letzten Bezirksmitgliederversammlung (BMV) schien es dem Vorstand – noch längeres Verzögern wäre allein wegen der Bundestagswahlergebnisse kaum möglich gewesen – an der Zeit, zu einer neuen BMV einzuladen. Das war dringend notwendig, da nicht nur die Wahl ausgewertet werden musste, sondern sich während des Wahlkampfes einige Fragen der Parteiausrichtung und -entwicklung ergeben hatten (innere Demokratie, AfD, Syrien, überhaupt die Welt).

Zur Versammlung kamen ca. 30 (!) GenossInnen aus Mitte in den „Drachenbau“.

In der Wahlauswertung wurde deutlich, dass in der Bevölkerung ein großer Unmut über die neoliberale Einheitspolitik herrscht, weswegen die FDP als Protagonist dieser menschenverachtenden Politik abgestraft wurde. Darin zeigt sich, dass uns in der sozialen und politischen Polarisierung gelungen ist, den Antagonismus zwischen notwendigen gesellschaftlichen Verbesserungen und Marktliberalismus kenntlich zu machen. Dass dabei nicht auch die CDU an Rückhalt verloren hat (was einige einseitig als „Rechtsruck“ deuten), hat viel damit zu tun, dass wir nicht ausreichend der insbesondere von der CDU vertretenen Alternativlosigkeit zu Schuldenbremse, Familie, Kapitalismus entgegengetreten sind. In Hamburg gelang dies besser als bundesweit, weil die LINKE in Hamburg tradiert und aktuell für Frieden und Internationalismus wirkt und durch den Netze-Volksentscheid eine gesellschafts- und bündnispolitische Steilvorlage gegeben war, von der Notwendigkeit von Rekommunalisierungen praktisch zu überzeugen. Betont wurde, dass eine klarere Haltung im Wahlprogramm bezüglich demokratischer Kontrolle in Gegnerschaft zur Privatwirtschaft notwendig gewesen wäre, um das „Wesen unseres Veränderungsanliegens“ deutlicher zu machen.

Das überraschend hohe Ergebnis der AfD zeigt, dass wir diesen national-chauvinistischen-konservativen Sumpf unterschätzt haben. Es ist notwendig, gegenüber den Verwirrungsversuchen der AfD die Brutalität der national-liberalen Austeritätspolitik (Schuldenbremse) anzugreifen. Daher muss endlich die vor Jahren beschlossene Antifaschistische Konferenz, auch in Vorbereitung von EU- und Bezirkswahlkampf, realisiert werden.

Betont wurde das Erfordernis, stärker „Grundsätzlichkeit“ auch in den „kleinen Fragen“ zu entwickeln und sich damit klar von Oberflächlichkeit und hohlen „Fachdiskussionen“ der Einheitsparteien zu unterscheiden. Die minderheitlich vertretene Position (so vom amtierenden Landessprecher), aus dem Wahlergebnis die Konsequenz einer rot-rot-grünen Regierungsbeteiligung ziehen zu wollen und damit nun endlich Teil der „Konsenssoße“ zu sein, hat nichts mit der „Hamburger Linie“ (Friedenspolitik und „Opposition wirkt“) zu tun.

Opposition bleibt also erforderlich. Für die Entwicklung erweiterter Souveränität zur praktischen und ideologischen Überwindung des TINA-Prinzips („There is no alternative“) ist eine solidarische Parteientwicklung und dafür der Ausbau innerparteilicher Demokratie notwendig.

Nach der gemeinsamen Wahlauswertung sprachen sich die GenossInnen in der Diskussion mehrheitlich gegen die Verkleinerung des Landesparteitages aus (bei vier Stimmen für die Verkleinerung und zwei Enthaltungen). Der instrumentellen Behauptung, der angeblichen Passivität der GenossInnen könne sinnvoll durch eine bürokratische Einschränkung ihrer politischen Teilhabemöglichkeiten begegnet werden, wurde damit eine klare Absage erteilt. Für die Aktivierung der GenossInnen sind dagegen gelebte Pluralität und offener Meinungsstreit zu kultivieren. Vehement wurde den Bestrebungen zur „Professionalisierung“ der Partei durch betriebswirtschaftliches Top-Down-Prinzip

und damit der Verdinglichung der Genossen zur braven Masse widersprochen: „Nie wieder SPD!“

Um die gesellschaftskritische Handlungsfähigkeit der Partei zu erweitern und die Genossen ernst zu nehmen, braucht es mehr BMVs zur gemeinsamen Positionsentwicklung sowie inhaltliche Vorbereitungstreffen auch vor Landesparteitagen. Die damit zu befördernde Mündigwerdung der Partei zur Erweiterung ihrer Oppositionsfähigkeit ist die Alterna-

tive zum unterwürfigen Schielen auf Regierungsbeteiligung. Auch deshalb ist die Abwehr der Verkleinerung des Landesparteitages von Bedeutung (die Bezirksverbände Nord und Harburg haben sich ebenfalls klar dagegen ausgesprochen).

Zur nächsten BMV liegt ein Antrag zur Anregung einer Diskussion über die Einführung von Landesmitgliederversammlungen vor (s.u.)

Ruben Hittmeyer und Despina Chaluppa

Antrag zur Bezirksmitgliederversammlung DIE LINKE Hamburg-Mitte am 25.09.13

AntragstellerInnen: Alexander Benthin, Gunhild Berdal, Despina Chaluppa, Kristian Glaser, Ruben Hittmeyer, Thomas Stahlhut

(Nicht befasst am 25.9., erneut eingebracht für die nächste BMV)

Die Bezirksmitgliederversammlung Hamburg-Mitte schließt sich der Position des Bezirksverbandes Nord an:

Diskussion über Landesmitgliederversammlungen

Sachverhalt:

Mitgliederversammlungen haben nach Mitgliederbefragungen die größte Legitimation bei der innerparteilichen Willensbildung. Mitgliederversammlungen ermöglichen allen Mitgliedern, sich an der politischen Willensbildung im Austausch mit anderen Genossinnen und Genossen zu beteiligen. Der Austausch unter den Genossinnen und Genossen fördert nicht zuletzt auch die Parteientwicklung sowie die der Genossinnen und Genossen selbst. Ein hohes Maß an Teilhabe fördert die Teilnahme sowie die Motivation, sich an parteilichen Aktivitäten zu beteiligen.

Die innerparteiliche Demokratie ist ein hohes Gut. Eine Stärkung dieser erhöht unsere Glaubwürdigkeit, wenn wir die Demokratisierung der Gesellschaft fordern (siehe Grundsatzprogramm S. 45; Bundestagswahlprogramm S. 10, 49, 73).

Gerade in Abgrenzung zu anderen Parteien, die wir aufgrund ihrer hierarchischen Strukturen kritisieren, wie die Basta-Politik á la Schröder etc., müssen wir die Teilhabe aller Genossinnen und Genossen stärker in unserer innerparteilichen Willensbildung verankern.

Anmerkung des Redaktörs zu dieser Ausgabe:

Schade, dass es diesmal keine Fotos gibt – aber die müsste halt jemand zuliefern ...

Und auch schade, dass trotz Verschiebung des Redaktionsschlusses einige Zusagen nicht eingehalten wurden. So ist diese Ausgabe leider nicht so wie sie sein sollte ...

Wir haben da noch Luft nach oben.

Eine Nachvollziehbarkeit von getroffenen Entscheidungen der Partei lassen sich durch Mitgliederversammlungen besser herbeiführen, als durch das Prinzip des Expertentums, wie es andere Parteien machen, was lediglich dazu dient, dass „einfache“ Mitglieder eingeschüchtert und ausgegrenzt werden. Mitgliederversammlungen sind geeignet, das Prinzip Gleiche unter Gleichen stärker gerecht zu werden als ein Delegiertensystem. Daher halten wir die Stärkung der basisdemokratischen Prinzipien für eine unabdingbare Voraussetzung für den Sozialismus. Dies bedeutet das innerparteiliche Praktizieren von Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksmitgliederversammlung Hamburg Mitte möge beschließen, dass eine Diskussion zunächst auf Bezirksebene angeregt wird, über das Für und Wider einer zusätzlich zum LPT stattfindenden Landesmitgliederversammlung zu sprechen und ggf. einen Vorschlag für einen Landesparteitag zu erarbeiten.

Die NPD, eine Partei wie jede andere? oder Warum Nazis in kein Parlament gehören

Eine notwendige Erwiderung auf Tim Golke

Tim Golke lehnt für die Bezirksversammlungenwahlen im Mai 2014 ein Stimmenauszählverfahren ab, durch das die NPD weniger bis gar keine Sitze erhalten würde. Mit Tim hat die Bürgerschaftsfraktion – ohne Diskussion in der Partei – mehrheitlich einen entsprechenden Vorschlag der SPD zurückgewiesen. Blicke es so, wäre nach dem Wegfall der Drei-Prozent-Hürde der Einzug der NPD in die Bezirksversammlungen so gut wie sicher.

Tim hält das für die NPD günstige Auszählverfahren für „das gerechteste“, wie er in der Septemberausgabe des „Mittelmang“ schreibt. Er wolle „keine Partei über das Auszählverfahren bevor- oder benachteiligen“.

Gerechtigkeit für Nazis? Demokratie durch Rechtsextreme? Die NPD, eine Partei wie jede andere? Eindeutig: Nein, Nazis müssen stets und überall bekämpft werden.

Es geht um die souveräne Position der LINKEN. Deren wesentlicher Bezugspunkt ist der Antifaschismus. Der Faschismus ist verantwortlich für den Zweiten Weltkrieg und für 60 Millionen Ermordete, den industrialisierten Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und an der Zerstörung Tausender Dörfer und Städte allein in der Sowjetunion. Die Konsequenz daraus ist der zentrale politische Leitsatz, gegen Nazis von Anfang an und bis zum Verbot konsequent aufzustehen, anders ist eine menschenwürdige Welt nicht möglich.

Rechtspopulistische bis offen faschistische Kräfte versuchen die Krise des Kapitalismus zu nutzen, um für militaristische, nationalistische und rassistische „Lösungen“ zu trommeln. Allein die Pogrome in Ungarn und die Morde der „Goldenen Morgenröte“ können für uns nur bedeuten, jede Möglichkeit im Kampf gegen Nazis zu nutzen. Wer meint, Nazis im Parlament seien harmlos, der möge in den sächsischen Landtag schauen, wo NPDler die NS-Diktatur herbeibrüllen und alle GegnerInnen mit einem neuerlichen Auschwitz bedrohen. Jeder Parlamentsitz ermöglicht der NPD, ihre menschenverachtende Lügenpropaganda zu verbreiten, sichert ihr staatliche Mittel für Schlägerbanden und Infrastruktur und erschwert das Verbot. Man erinnere sich, wie die bürgerlichen Parteien und Medien auf den Innere-Sicherheits-Wahlkampf der

Schill-Partei Anfang der 2000er Jahre reagierten: hilflos, opportunistisch und sogar als marktradikalen Schrittmacher nutzend.

Daß die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN ein einfaches parlamentarisches Mittel zur Eindämmung der NPD abgeschlagen hat, ist verantwortungslos, peinlich und mit negativen Folgen behaftet: Wie will man das Verbot der NPD erreichen, wenn man sie als eine Partei wie jede andere darstellt? Man gibt damit die entscheidende Position auf, daß Faschismus eben keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist. Statt die SPD-Initiative zur Änderung des Auszählverfahrens souverän aufzugreifen und gemäß der eigenen Programmatik neue Aktivitäten zum NPD-Verbot und generell gegen rechts (AfD!) zu entfachen, läßt man's sang- und klanglos versanden.

Auch der geschäftsführende Landesvorstand hat es mehrheitlich verabsäumt – ob willentlich oder aus bürokratischer Unfähigkeit, sei dahingestellt –, diese Frage in der Partei zur Diskussion zu stellen. Das muß korrigiert werden. Schnellstmöglich muß ein Sonderparteitag oder ein Mitgliedertreffen anberaumt werden, deren Votum bindend ist. Auch muß die von einem Landesparteitag vor rund fünf Jahren (!) beschlossene antifaschistische Konferenz stattfinden (vor den EU- und Bezirksversammlungenwahlen – das ist auch der beste Wahlkampf).

„Deutsche Hörer, Europa wird sozialistisch sein, sobald es frei ist. Der sozialistische Humanismus war an der Tagesordnung, er war die Vision der Besten in dem Augenblick, als der Faschismus seine schielende Fratze über die Welt erhob. Er, der das wahrhaft Neue, Junge und Revolutionäre ist, wird Europa seine äußere und innere Gestalt geben, ist nur erst der Lügenschlange das Haupt zertreten.“

aus: Thomas Mann: Deutsche Hörer! Radiosendungen nach Deutschland aus den Jahren 1940 bis 1945. (Hier: Sendung vom 28.3.1944)

„Der Lügenschlange das Haupt zertreten“ – die LINKE sollte nicht hinter der Entschlossenheit des bürgerlichen Antifaschisten zurückstehen.

Kristian Glaser

Termine in (und für) Mitte

Montag, 07. 10., 18:30h

Treffen der Mitte-Linken in Billstedt
im Baustellen Casino des Kulturpalast Billstedt
Öjendorfer Weg 30a, Nähe U-Bahn Billstedt

Montag, 07.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 08.10., 19:00 Uhr

(Ferien, kein Ausschuss)

Treffen der Finkenlinken,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11
alternativ: Stadt Hamburg, Einladung beachten!

Dienstag, 08.10. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Mittwoch, 16.10, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 16.10., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 21.10. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch 23.10., 19:00 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung (s.S. 1)
voraussichtl. Bürgerhaus Wilhelmsburg

Donnerstag, 24.10., ab 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1.OG.

Mittwoch, 30.10. 15/19 Uhr:

Podiumsdiskussion zu Europa
LAB Hamm (s.S. 1)

November

Montag, 4.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 12.11. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.11., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11
alternativ: Stadt Hamburg, Einladung beachten!

Montag, 18.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.11., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 20.11. 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Verena Brachvogel	040 439 77 01	verena.brachvogel@die-linke-hamburg-mitte.de
Stefan (Teddy) Dührkop	0151 129 444 71	stefan.duehrkop@die-linke-hamburg-mitte.de
Volker Honold (Schatzmeister)	040 280 35 82	volker.honold@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloekner@die-linke-hamburg-mitte.de
Martin Wittmaack	040 389 21 64	martin.wittmaack@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20